Günther Pflug

Regionale EDV-Planung in Nordrhein-Westfalen (1974)

Vorbemerkung

Der Beitrag stellt die schriftliche Fassung eines im Juni 1974 auf dem 64. Deutschen Bibliothekartag in Braunschweig gehaltenen Vortrages dar. Er wurde gedruckt in: Organisation und Technik in Bibliotheken. Vorträge, gehalten auf dem 64. Deutschen Bibliothekartag 1974 vom 4. bis 8. Juni 1974 in Braunschweig, Hrsg. von Hans-Peter Geh, Reinhard Oberschelp, Wilhelm Totok und Raimund-Ekkehard Walter, Frankfurt am Main 1975 (=Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie. Sonderheft 21), S. 72-77.

Sein Verfasser, Dr. Günther Pflug (1923-2008), war nach seiner Ausbildung als wissenschaftlicher Bibliothekar an der Stadt- und Universitätsbibliothek Köln tätig und hatte von 1963 bis 1974 die Leitung der Bibliothek der 1962 neu gegründeten Universität Bochum inne. Anfang Oktober 1972 übernahm er zusätzlich die Leitung der sogenannten ‚Aufbau-stelle‘, dem noch ‚inoffiziellen‘ Hochschulbibliothekszentrum (HBZ) des Landes Nordrhein-Westfalen. Mit der offiziellen Gründung des HBZ zum 01.03.1993 wurde Pflug zum ersten Leiter der neuen Einrichtung bestellt, aus haushaltsrechtlichen Gründen zunächst weiterhin nebenamtlich. Erst Mitte Juli 1974 – also kurz nach dem hier wieder veröffentlichten Vortrag auf dem Deutschen Bibliothekartag – wurde ihm die hauptamtliche Leitung des HBZ übertragen. Anfang 1976 übernahm Pflug bis zu seiner Pensionierung im Jahre 1988 die Generaldirektion der Deutschen Bibliothek in Frankfurt am Main.

EDV wurde für einzelne Aufgabenbereiche in einigen wenigen deutschen Universitätsbibliotheken, etwa in der von Günther Pflug geleiteten UB Bochum, bereits seit Anfang der 1960er Jahre eingesetzt. Spätestens zu Beginn der 1970er Jahre kristallisierte sich heraus, dass die insularen EDV-Lösungen in einzelnen Bibliotheken durch eine stärkere Vernetzung optimiert werden müssten. In Nordrhein-Westfalen entstand vor diesen Erkenntnissen im Zuge der Errichtung der Gesamthochschulen und des HBZ als zentralem Dienstleister zunächst für die Gesamthochschulbibliotheken eine ‚regionale EDV-Planung‘. Diese wiederum führte zunächst zu einer stark regional geprägten Bibliotheksstruktur Nordrhein-Westfalens und in der Folge – maßgeblich durch Empfehlungen der Deutschen Forschungsgemeinschaft befördert – zur Entstehung der heutigen, stark regional strukturierten deutschen Bibliotheksverbundlandschaft.

Der hier wiedergegebene, Anfang Juni 1974 auf dem 64. Deutschen Bibliothekartag in Braunschweig gehaltene Vortrag dürfte die erste Vorstellung des regionalen Bibliotheksverbundes Nordrhein-Westfalen und des HBZ für ein breiteres Publikum darstellen.

Zur Arbeit der im Text genannten Planungsgruppe ‚Bibliothekswesen im Hochschulbereich Nordrhein-Westfalen‘, ihrer Arbeit und Bedeutung s. u.a.: Dietmar Haubfleisch: Die Empfehlungen der Planungsgruppe ‚Bibliothekswesen im Hochschulbereich Nordrhein-Westfalen‘ beim Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen 1972 bis 1975 und der Arbeitsgruppe für das Verbundsystem an den künftigen Gesamthochschulbibliotheken beim Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen 1972. Paderborn: Universitätsbibliothek, 2012:

<http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:hbz:466:2-9393>

Der im Text angesprochene ‚ADV-Gesamtplan‘ wurde veröffentlicht als: ADV-Gesamtplan für die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen bis 1980 (ADVGP-HS). Vorgelegt von der Sachverständigen-Arbeitsgruppe für die Erstellung eines Gesamtplanes für die Automa-

tisierte Datenverarbeitung an den Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf 1975 (=Schriftenreihe des Ministers für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, 8); eine zweite Auflage erschien als: ADV-Gesamtplan für die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (ADVGP-HS) [2. Fassung]. Vorgelegt von der Sachverständigen-Arbeitsgruppe für die Erstellung eines Gesamtplanes für die Automatisierte Datenverarbeitung an den Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf 1980 (=Schriftenreihe des Ministers für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, 12).

Bei dem genannten ‚Beitrag von Gerhart Lohse in der Krieg-Festschrift‘ handelt es sich um den Aufsatz: Gerhart Lohse: Bielefeld und die Folgen. In: Bibliotheksarbeit heute. Beiträge zur Theorie und Praxis. Festschrift für Werner Krieg zum 65. Geburtstag am 13. Juni 1973. Hrsg. von Gerhart Lohse und Günther Pflug. Frankfurt am Main 1973 (=Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie. Sonderheft 16), S. 199-208.

Ich danke Frau Edith Pflug für die Genehmigung zur Wiederveröffentlichung des Dokuments.

Dietmar Haubfleisch, 01.08.2012

Die EDV-Planung für Bibliotheken ist in doppelter Weise in übergreifende Planungen eingeordnet: einerseits ist sie Teil einer allgemeinen Bibliotheksplanung, andererseits ist sie in die umfassende EDV-Planung eines Landes oder des Hochschulbereichs eines Landes eingeschlossen. Je stärker die EDV-Planung einer Bibliothek in diese übergreifenden Planungen integriert ist, um so größer sind die Chancen, daß die Ziele einer EDV-Planung für Bibliotheken nicht nur Wünsche bleiben, sondern auch realisiert werden. Darüber hinaus ist jedoch nicht zu übersehen, daß selbst diese beiden umfassenden Planungsbereiche, Bibliothekswesen und Elektronische Datenverarbeitung, in starkem Maße von einer übergeordneten Zielsetzung abhängen, auf die nach allgemeiner Erfahrung weder die Bibliothekare noch die EDV-Fachleute wesentlichen Einfluß haben. In diesem Spannungsfeld zwischen fachlicher Planung und politischer Vorgabe liegt ein erhebliches Kraftmoment, das in die bibliothekarische Planung an einzelnen Stellen sehr wohl als ein wesentliches Agens eingehen kann, das jedoch auch zu erheblichen Deroutierungserscheinungen in der Realisierung der bibliothekarischen Planung führen kann. Für die Möglichkeiten und die Gefahren, die in dieser Dependenz der Planung des EDV-Einsatzes in Bibliotheken von allgemeinen Planungszielen und politischen Entscheidungen liegen, ist die entsprechende Planung in Nordrhein-Westfalen ein deutliches Beispiel.

Beim Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen gibt es zwei Planungsgremien für die hier zu erörternden Fragen, die *Planungsgruppe "Neuordnung des Bibliothekswesens im Hochschulbereich"* und die *Planungsgruppe "ADV-Gesamtplan für die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen"*. Beide Gruppen existieren im Prinzip ohne personelle Verklammerung. Während der ersten Bibliothekare, Dozenten, Assistenten und Studenten der Hochschulen des Landes angehören, setzt sich die zweite lediglich aus Leitern der Hochschulrechenzentren zusammen.

Hier zeigt sich bereits deutlich der Ansatz zu einem Kompetenzkonflikt. Die Zielsetzung der Planungsgruppe für den ADV-Gesamtplan umfaßt zudem den gesamten Bereich der elektronischen Datenverarbeitung, schließt aber auch das Bibliothekswesen insoweit ein, wie in seiner Planung Tendenzen zu einer Automatisierung mittels elektronischer Datenverarbeitung eingeschlossen sind. Der von dieser Planungsgruppe 1973 verfaßte und versandte Erhebungsbogen über die bestehenden und die geplanten EDV-Aktivitäten enthält folgerichtig auch Fragen an die Hochschulbibliotheken. Bei der Formulierung dieser Fragen hat die Planungsgruppe für das Bibliothekswesen Hilfestellung geleistet, und zwar mit dem Ziel, von vornherein zu einer gewissen Abgrenzung der Kompetenzen zu gelangen.

Zugleich hat die Planungsgruppe für das Bibliothekswesen einen *Unterausschuß* eingesetzt, der sich als erstes mit den Fragen des EDV-Einsatzes in den nordrhein-westfälischen Hochschulbibliotheken befassen sollte. Durch diesen Unterausschuß fand zugleich eine gewisse Verklammerung zwischen den beiden Planungsgruppen statt, da ein Leiter eines Hochschulrechenzentrums und der Referent des Ministeriums für elektronische Datenverarbeitung in dem Unterausschuß mitwirkten. Bei den Beratungen dieses Unterausschusses zeigte sich sehr bald, daß die Planungsgruppe für den ADV-Gesamtplan ein anderes Planungsziel hat als die Planungsgruppe für das Bibliothekswesen. Während die Planungsgruppe für den ADV-Gesamtplan eine Bedarfsrechnung für den Zeitraum bis 1980 anstrebt, waren die bibliothekarischen Ziele wesentlich bescheidener, jedenfalls was den Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung in Bibliotheken betrifft. Bevor daher die Planungsgruppe für den ADV-Gesamtplan erste Ergebnisse ihrer umfassenden Planung vorlegen konnte, hat der Unterausschuß zu Beginn des Jahres 1974 ein *erstes Planungsdokument veröffentlicht*, das den Personal- und Sachbedarf der Bibliotheken auf dem Gebiet der

elektronischen Datenverarbeitung für das Haushaltsjahr 1975 für jede Bibliothek konkret angeben und die Projekte der folgenden Jahre abschätzen konnte. Vielleicht ist dieses Dokument für eine kontinuierliche EDV-Planung zu wenig. Zudem muß sich noch zeigen, ob die allgemeinen Angaben für die in den folgenden Jahren zu realisierenden Projekte genug Überzeugungskraft besitzen, um die für sie erforderlichen Finanzierungsmaßnahmen zu sollicitieren. Entscheidend wird zweifellos sein, daß der sich aus diesen Projekten ergebende Bedarf an Hard- und Software, an Anlagestruktur und Rechenzeit mit dem nötigen Gewicht in den ADV-Gesamtplan eingeht. Für das Jahr 1975 wird jedoch von den Bibliotheken immer noch erwartet, daß die in diesen Empfehlungen aufgeführten Maßnahmen konkrete Auswirkungen auf den Haushaltsplan 1975 haben.

Die Planung des Einsatzes der elektronischen Datenverarbeitung in den Hochschulbibliotheken des Landes, d. h. die Formulierung dieser ersten Empfehlungen, stellt in einem gewissen Sinn einen Sonderfall in den bisherigen Aktivitäten der Planungsgruppe dar. Die bisher vorgelegten Empfehlungen haben entweder Maßnahmen zum Gegenstand, die sich nur auf einen bestimmten Kreis von Bibliotheken beziehen — etwa die fünf neuen Gesamthochschulen oder die in Planung befindliche Fernuniversität —, oder sie formulieren allgemeine Planungsziele, deren vollständige Realisierung kaum in wenigen Jahren erwartet werden kann. Die EDV-Empfehlungen sind dagegen allgemeine Initiativempfehlungen für alle Hochschulbibliotheken in Nordrhein-Westfalen mit kurzfristig zu realisierenden Planungszielen, deren Bereitschaft zu ihrer Realisierung im politischen Raum nicht durch zusätzliche politische Argumente unterstützt wird. Dies ist zweifellos eine kritische Voraussetzung für jede Bibliotheksplanung, da sie bei ihrer Realisierung in starker Konkurrenz zu anderen Plänen steht, die mit der Bibliotheksplanung zwar sachlich nichts zu tun haben, sich jedoch leider um die gleichen beschränkten Mittel bemühen. So hat sich die Durchsetzung gewisser Planungsziele für 1975 — vor allem auf dem Personalsektor — an einigen Stellen schon bei den Verhandlungen innerhalb der Hochschulen nicht realisieren lassen, und selbst dort, wo dies gelungen ist, bleibt die Ungewißheit einer allgemein sich verknappten Haushaltssituation.

Es ist nicht zu verkennen, daß die wesentlichen *Planungserfolge der Planungsgruppe für das Bibliothekswesen* auf dem Gebiet der elektronischen Datenverarbeitung *unter günstigen politischen Voraussetzungen* erreicht werden konnten. Der entscheidende Planungsschritt in dieser Richtung wurde mit der allgemeinen Planung für die fünf neuen Gesamthochschulen erreicht. Hier lag eine politische Willenserklärung zur Errichtung dieser Hochschulen vor, die als wesentlicher Motor in die Bibliotheksplanung einbezogen werden konnte. Dies garantierte eine zügige Realisierung. Es ist natürlich nicht zu verkennen, daß eine derartige Koppelung der bibliothekarischen Planung mit politischen Vorgaben nicht nur Vorteile einschließt. Wie der Beitrag von Gerhart Lohse in der Krieg-Festschrift zeigt, liegt eine der wesentlichen Gefahren für die Bibliotheksplanung auf der Basis politischer Willensäußerungen darin, daß die politischen Daten auch dann als bibliothekarische Planungsgrundlage zu übernehmen sind, wenn sie bibliothekarisch nicht als zweckmäßig erscheinen. Zwar hat die Planungsgruppe in ihren Empfehlungen ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die unter politischen Gesichtspunkten gesetzten Realisierungsfristen eine gefährliche Belastung für den Aufbau eines funktionsfähigen Bibliothekswesens darstellen. Sie ist in ihren Empfehlungen jedoch von diesen Fristen ausgegangen. Daß diese Bedenken nicht ungerechtfertigt waren, zeigen die ersten Jahresberichte der Gesamthochschulbibliotheken.

In dem hier zur Diskussion stehenden Zusammenhang kann jedoch auf die allgemeine Problematik einer von politischen Entscheidungen veranlaßten bibliothekarischen Planung nicht näher eingegangen werden. Hier geht es vielmehr darum, die EDV-Konsequenzen dieser Planung zu betrachten. Die wesentlichen Ergebnisse sind allgemein bekannt: Aufbau der Gesamthochschulbibliotheken im Verbund und Errichtung eines bibliothekarischen Planungs- und Dienstleistungszentrums für die Hochschulbibliotheken in Nordrhein-Westfalen auf dem Gebiete der elektronischen Datenverarbeitung, das im März 1974 unter dem Namen "*Hochschulbibliothekszentrum des Landes Nordrhein-Westfalen*" von der Landesregierung gegründet wurde. Diese Gründung stellt selbst ein wesentliches Stück EDV-Planung im Bibliotheksbereich dar. So einfach sich die Begründung in den Empfehlungen für die Gesamthochschulbibliotheken liest, so viele grundsätzliche Entscheidungen und Entwicklungstendenzen werden mit dieser Formulierung latent angesprochen.

Zuerst einmal ist nicht zu übersehen, daß die Errichtung des Hochschulbibliotheks-zentrums im Grundsatz eine *Absage an einen bibliothekarischen Traum* darstellt, der jede Hochschulbibliothek mit einem eigenen Rechner ausgestattet sehen möchte. In unterschiedlichen Größenordnungen ist dieses Ziel an zwei Bibliotheken in Nordrhein-Westfalen bisher realisiert worden: in *Bochum* und in *Münster*. Wie die Empfehlungen zeigen, wird das Experiment mit einem Kleincomputer in Münster fortgesetzt, die inzwischen ersatzbedürftige Anlage in Bochum jedoch nicht ersetzt. Die Universitätsbibliothek Bochum stellt die erste Erweiterung des Verbundsystems beim Hochschulbibliothekszentrum dar. Damit ist der Rahmen eigener Datenverarbeitungskapazitäten für die Hochschulbibliotheken eindeutig gezogen. Sie können allenfalls kleine Installationen erhalten, die die Möglichkeit zur Automatisierung von Teilsystemen — in der Regel der Ausleihe — bieten. Doch selbst hier ist unverkennbar, daß dem Anschluß dieser Systeme an die örtlichen Rechenzentren der Vorzug gegeben wird, soweit nicht eine Verarbeitung durch das Hochschulbibliotheks-zentrum erfolgen kann.

Damit ist jedoch ein entscheidender Punkt der EDV-Planung angesprochen, die *Zusammenarbeit mit den örtlichen Hochschulrechenzentren*. *Bielefeld* und *Aachen* sind hier — ebenfalls mit unterschiedlicher Größenordnung — die Beispiele in Nordrhein-Westfalen; *Dortmund* und *Düsseldorf* zwei weitere Beispiele in der Planung. Die umfassenden Erfahrungen in Bielefeld zeigen jedoch zugleich auch die Probleme einer derartigen Zusammenarbeit im Hochschulbereich. Hier steht nun durch die *Gründung des Hochschulbibliotheks-zentrums eine weitere Alternative* offen. Dabei geht die Planung für die erste Zeit davon aus, daß beim Hochschulbibliothekszentrum die Arbeiten für die Hochschulbibliotheken in einem *Batch-Prozeß* abgewickelt werden. Das schließt natürlich den Einsatz von Dialogroutinen für die innerhalb des Zentrums abzuwickelnden Arbeiten — z. B. Anbringen von Katalogkorrekturen — nicht aus. Typische *Dialogprozesse*, wie z. B. on-line-Ausleihesysteme, sollen jedoch in der Regel über die örtlichen Hochschulrechenzentren abgewickelt werden. Auch in diesem Punkte enthält die Planung natürlich noch einige Risiken, da bisher — von dem Rechenzentrum der Ruhr-Universität Bochum abgesehen — die Hochschulrechenzentren im Grundsatz Batch-Processing und nicht Dialogbetrieb haben.

Eine erhebliche Erschwerung des Verbundsystems muß jedoch darin gesehen werden, daß das Hochschulbibliothekszentrum auf Betreiben des Innenministers keine eigene Datenverarbeitungsanlage erhalten hat, sondern sich des Rechenzentrums der Universität zu Köln bedienen muß. Um die nötige Kapazität und die erforderlichen Prioritäten sicherzustellen, wurde zwischen dem Hochschulbibliothekszentrum und der Universität zu Köln eine entsprechende Vereinbarung abgeschlossen und vom Ministerium für Wissenschaft und

Forschung genehmigt. Die Realisierung dieser Vereinbarung zeigt jedoch, daß Hochschulrechenzentren aufgrund ihrer Struktur kaum in der Lage sind, Dienstleistungsaufgaben der Art und des Umfangs, wie sie beim Hochschulbibliothekszentrum anfallen, ordnungsgemäß auszuführen. Die Ausstattung des Hochschulbibliothekszentrums mit eigener Rechner-Kapazität wird schon in Kürze unumgänglich sein, wenn das Verbundsystem nicht nur die bisher angeschlossenen sechs Bibliotheken versorgen, sondern auch weitere Bibliotheken neu aufnehmen soll.

Eine unter Bibliothekaren lebhaft diskutierte Frage ist das *Verhältnis von on-line- und off-line-Verarbeitungen*. Auch innerhalb der Planungsgruppe bestanden hier erhebliche Meinungsdifferenzen, die sich in der Empfehlung niederschlugen, daß die beiden in Entwicklung befindlichen on-line-Systeme in Bielefeld und Dortmund als Modellversuche weiterlaufen sollen. Dabei sollen der maschinelle Aufwand und die realen Vorzüge genauer ermittelt werden. Das Hochschulbibliothekszentrum findet sich mit reinen on-line Systemen vor erheblichen zusätzlichen Schwierigkeiten, die sich aus der räumlichen Distanz der am Verbundsystem beteiligten Bibliotheken ergeben. Hier sind on-line-Systeme nur durch Fernübertragungseinrichtungen möglich. Daher ist es zweckmäßig, die on-line-Routinen des Hochschulbibliothekszentrums danach zu unterscheiden, ob sie interne Verwaltungsabläufe des Zentrums betreffen oder ob andere Bibliotheken daran partizipieren. On-line-Routinen des ersten Typs werden sich relativ einfach realisieren lassen, wenn auch hier nicht zu übersehen ist, daß die Bindung an das Rechenzentrum der Universität zu Köln ein zusätzliches Erschwernis darstellt. Für den zweiten Typ von on-line-Routinen sind in der nächsten Zeit erste Experimente mit einer Bibliothek vorgesehen, die nicht nur die technischen Voraussetzungen für die Fernübertragung klären sollen, sondern zugleich dazu dienen werden, gewisse organisatorische Details zu erproben. Hierzu gehört z. B. die in einem Verbundsystem zwischen mehreren Bibliotheken erforderliche Sicherung der Daten gegen unbefugte Änderung. Sicher ist jedenfalls, daß der Entwurf eines umfassenden on-line-Systems nicht den Ausgangs-, sondern den Zielpunkt der Planung bildet.

Während das Problem der on-line-Verarbeitung umstritten ist, scheint in der Frage der *Ausrüstung von Bibliotheksrechenzentren* mit besonderen Geräten Übereinstimmung zu bestehen. Dabei wird gewöhnlich an die Einrichtung von *digitalen Mikrofilmausgabegeräten* (COM) gedacht. Die immense Druckleistung, die das Hochschulbibliothekszentrum bereits heute wöchentlich zu erbringen hat, legt den Einsatz eines COM-Gerätes nahe. Daher sind im Haushaltsjahr 1974 bereits Mittel für die Anmietung eines derartigen Gerätes ausgebracht. Die Experimente haben begonnen und werden noch in diesem Jahr zu ersten Realisierungen führen.

Daneben ist der Einsatz von *off-line-Druckern* mit einem Zeichenvorrat vorgesehen, der den bibliothekarischen Anforderungen entspricht. Mit diesen Einrichtungen steht das Hochschulbibliothekszentrum natürlich auch den Bibliotheken zur Verfügung, die nicht oder noch nicht unmittelbar in das Verbundsystem eingegliedert sind.

Eine wesentliche Aufgabe des Hochschulbibliothekszentrums ist in der *Planung des Einsatzes der elektronischen Datenverarbeitung in den Hochschulbibliotheken* zu sehen. Im Rahmen der Autonomiegarantie der Hochschulen durch die Landesverfassung, jedoch auch, um örtliche Aktivitäten nicht einzuschränken, ist diese Einsatzplanung so geregelt, daß sie im Einvernehmen zwischen den Hochschulbibliotheken und dem Hochschulbibliothekszentrum erfolgt. Die konkreten Formen für diese einvernehmliche Planung müssen

noch entwickelt werden, doch gibt es dazu hoffnungsvolle Ansätze, z. B. mit der Universitätsbibliothek Bielefeld.

Die Einsatzplanung für die elektronische Datenverarbeitung an den Hochschulbibliotheken in Nordrhein-Westfalen hat sicherlich einen *Planungs- und Realisierungsstand* erreicht, der *in weiten Bereichen über demjenigen in anderen Bundesländern* liegt. Daß auch hier die Planungsziele noch mit Unsicherheiten belastet sind, die Realisierung in einigen Bereichen noch zu starke Kompromisse zwischen dem Erforderlichen und dem kurzfristig Realisierbaren aufweist, ist bei der Kürze der Planungs- und Realisierungszeit wohl nicht anders zu erwarten. Es ist zu hoffen, daß die Mängel bald behoben werden können.